

"schlanken Staat" komparativ verarbeiten? Die abschließende Zusammenfassung des Diskussionsleiters hob die große Attraktivität des japanischen Staatsmodells für die komparative Diskussion hervor, insbesondere in Zeiten, die weltweit durch das Problem leerer Kassen der öffentlichen Hand gekennzeichnet sei.

Im Herbst 1994 wird unter dem Titel *Der schlanke Staat Staatstätigkeiten in Japan* eine Veröffentlichung im Verlag Leske und Budrich erscheinen, die die Ergebnisse dieser Tagung, ergänzt um eine Reihe weiterer Beiträge zum Thema, einer größeren interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen soll.

Anna Maria Thränhardt

Aufstieg aus der 3. Welt? Entwicklungsstrategien und Menschenrechte in Südostasien

5. Südostasienskonferenz der Südostasiens-Informationsstelle

Bochum, 11.-13. Februar 1994

"Aufstieg aus der 3. Welt?" Unter dieser Leitfrage kamen rund 90 Männer und Frauen aus den Bereichen Hochschule, Medien und Nicht-Regierungsorganisationen zur 5. Südostasienskonferenz in Bochum zusammen. Im Zentrum der inhaltlichen Diskussion standen jeweils zwei Vorträge von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik und aus Südostasien:

- "Weltwirtschaftliche Transformationsprozesse und Regionalentwicklung in den Schwellenländern Südasiens", Dr. Ludwig Schätzl, Hannover;
- "Nationales Wirtschaftswachstum - Regionale Ungleichheiten - Lokale Handlungspotentiale", Dr. Heiner Dürr, Bochum;
- "Asian Economies - Development, Democracy and the Future", Dr. Chandra Muzaffar, Penang;
- "The Policy of Economic Change in Southeast Asia: The Vietnamese Experience", Dr. Nguyen Ngoc Bich, Ho-Chi-Minh-Stadt.

In den sich anschließenden Debatten wurde nicht allein über die Frage diskutiert, ob einige Länder Ost- und Südasiens tatsächlich den Aufstieg in die Liga der sog. Schwellenländer geschafft haben, sondern auch, unter welchen Bedingungen diese Entwicklung stattgefunden hat. Die Referenten sowie die meisten der aus Deutschland und einigen Nachbarländern angereisten Teilnehmer waren sich darüber einig, daß sich in den vergangenen Jahren tatsächlich ein unter einigen Gesichtspunkten positiv zu bewertender Entwicklungsprozeß vollzogen hat. Als erfolgreich wird dieser Prozeß vor allem deshalb angesehen, weil er zur Zurückdrängung der absoluten Armut, zur Steigerung des Einkommens großer Gruppen der Bevölkerung, zur Verbesserung des Bildungswesens und zum Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung beigetragen hat. Unzweifelhaft ist die Tatsache enormer jährlicher Wachstumsraten von 5 - 10% in den Volkswirtschaften Südkoreas, Taiwans, Hongkongs und Singapurs. Ähnliche Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums wurden in den vergangenen Jahren auch in den Ländern Malaysia, Thailand und, in geringerem Maße, in Indonesien und in den "Freien Produktionszonen" der VR China verzeichnet.

Erreicht wurde dieser Wachstumsschub, wie Ludwig Schätzl, Wirtschaftsgeograph von der Universität Hannover, ausführte, durch eine konsequente, staatlich koordinierte Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für das privatwirtschaftliche Engagement setzt. Die Strukturpolitik dieser Länder war und ist auf die Optimierung der Standortbedingungen und der Weltmarkt-

positionen der jeweiligen Länder mit ihren spezifischen Produkten ausgerichtet. Eine wesentliche Rolle in diesem "Transformationsprozeß von einer arbeitsintensiven über eine sachkapitalintensive zu einer humankapital- und technologieintensiven Produktion" spielt die verarbeitende Industrie. Von den Ländern Südostasiens ist Malaysia, das zum größten Produzenten von Microchips avanciert ist, auf diesem Weg am weitesten vorangeschritten.

Uneinigkeit herrschte jedoch darüber, wie die Begleiterscheinung dieses Wachstumsprozesses, die sozialen Kosten des Klassenaufstiegs, einzuschätzen seien. Die Konsequenzen dieser innovationsfreudigen und flexiblen Wirtschaftspolitik rückte Heiner Dürr, Sozialgeograph am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Universität Bochum, in den Vordergrund. Zwar bestätigte auch er den relativen Erfolg der in den Ländern Südostasiens verfolgten Entwicklungsstrategien. Seine Kritik jedoch entzündete sich im wesentlichen an dem positiv(istisch)en Bild der makro-ökonomischen Analyse, deren Betrachtungsweise die regionalen Ungleichheiten in der Einkommensverteilung sowie die soziale Ausdifferenzierung der sog. Entwicklungsländer zu "Ein-Drittel-Gesellschaften" mit einer wachsenden Kluft zwischen einer reicher werdenden Mittelklasse und den marginalisierten Gruppen der Gesellschaft nicht erkennt. Gerade diese Phänomene zählte Dürr zu den charakteristischen Merkmalen und "teuren" Folgeerscheinungen einer weltmarktorientierten Entwicklungsstrategie.

Am Beispiel Vietnams analysierte Nguyen Ngoc Bich aus Ho-Chi-Minh-Stadt die Auswirkungen eines wirtschaftlichen Wandels, der mit einer Öffnung zum Weltmarkt einhergeht. Allein schon die Existenz der Beratungsfirma für ausländische Investoren, für die Bich als Rechts- und Wirtschaftsberater arbeitet, ist ein sprechender Ausdruck für die rasanten Veränderungen, die sich in seinem Land vollziehen. Als wesentlichen Faktor für den zügigen und bisher ohne große soziale Verwerfungen vor sich gehenden Prozeß nennt Bich die Beteiligung der Bevölkerung: "Der wirtschaftliche Wandel in Vietnam ist ein Prozeß, der von der Bevölkerung selbst aus dem eigenen Überlebensdrang initiiert wurde." Doch auch in Vietnam zeigen sich die negativen Begleiterscheinungen der Entwicklung zu einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. "In der neuen wirtschaftlichen Entwicklung gibt es für die Marktkräfte keine moralischen Grenzen, und die Anzeichen dafür werden stärker: unlauterer Wettbewerb, schlechte Handelspraktiken, Betrug...".

Die Frage nach dem Zusammenhang von Entwicklung und Menschenrechten wurde vor allem von Chandra Muzaffar, Politologe und Bürgerrechtler aus Malaysia, dahingehend zugespitzt, ob der Weg zu einer kapitalistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung westlicher Prägung überhaupt eine wünschenswerte Entwicklung für die Länder des Südens und insbesondere Südostasiens sei. Chandra Muzaffar verneinte diese Frage sehr deutlich. Angesichts der gesellschaftlichen und sozialen Folgekosten, die die Etablierung des marktwirtschaftlich orientierten Kapitalismus in den vergangenen 200 Jahren für die Länder Europas und Nordamerikas mit sich gebracht hat, erwartet er nichts Gutes von der gegenwärtigen Entwicklung in Südostasien. Die Gesellschaften dieses Teils der Erde hätten nur dann eine Chance, den Herausforderungen des westlichen Kapitalismus wirksam zu begegnen, wenn sie ihre religiös begründeten Wertesysteme mit ihrer Betonung der Mäßigung und des sozialen Miteinanders aufrechterhielten. Eine wesentliche Ursache für den sozialen und moralischen

Niedergang in den kapitalistischen Ländern sieht er in der Betonung individueller Rechte und in der absichtsvollen Trennung zwischen individuellen Rechten einerseits und persönlicher Verantwortung andererseits.

Einen völlig neuen Akzent brachte Wolfgang Schaumburg in die Debatte, der als Betriebsrat der Adam Opel AG die Globalisierungsstrategie des Mutterkonzerns General Motors beschrieb. Diese Strategie kennt nur noch einen Standort: den Konzern selbst. Die Überwindung nationaler Denkschemata seitens der Unternehmer birgt für die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer traditionell internationalistischen Arbeit eine große Herausforderung in sich. Die Produktionsabläufe der einzelnen nationalen Standorte werden in einer bisher nicht gekannten Weise miteinander verzahnt, so daß die Produktionsbedingungen in einem Land und die möglichen Reaktionen der Arbeitnehmerschaft darauf unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Standorte haben werden.

In der Summe war dies eine Konferenz, die mehr Fragen aufgeworfen hat, als sie beantworten konnte. Und so kann die Frage nach dem Aufstieg aus der 3. Welt in veränderter Weise auch auf die Südostasien Informationsstelle selbst gemünzt werden. Der Wandel der Gesellschaften selbst stellt auch die klassische "Solidaritätsarbeit" in Frage. Eine Antwort läßt sich nur in engem Austausch mit den Menschen in Südostasien selbst finden. Die Konferenz hat gezeigt, daß es für "den Norden" notwendig und hilfreich ist, sich durch die Erfahrungen, die "im Süden" gemacht werden, in Frage stellen zu lassen.

Klaus H. Schreiner

After the Cold War: New Challenges and Responsibilities for Japan and Germany¹

Köln, Ost-West-Kolleg, 24. März 1994

Japan und die Bundesrepublik haben seit 1945 trotz historischer Vorbelastung durch politische Demokratisierung und wirtschaftliche Exportorientierung einen einzigartigen Aufstieg in der Weltpolitik erlebt. In der Vergangenheit war dieser Aufstieg stets auf eine stabile globale und regionale Sicherheitsordnung und eine offene regelorientierte Weltwirtschaftsordnung angewiesen. Wie haben diese beiden Staaten auf das Ende der bipolaren Stabilität in der Sicherheitspolitik und auf die widersprüchlichen Entwicklungen in der Weltwirtschaft - gleichzeitige Regionalisierung und Globalisierung - reagiert? Welche Parallelen weist ihre jeweilige Außenpolitik seit 1989 auf? Vor welchen gemeinsamen Herausforderungen werden sie in Zukunft stehen?

Das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung suchte im Rahmen einer Tagungsreihe zur deutschen und japanischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in Bonn, Köln und Berlin in einem Kreis von vierzig Wissenschaftlern, Politikern und Medienvertretern aus Japan, den USA und der Bundesrepublik Antworten auf diese Fragen. Sechs Referate mit anschließenden Podiumsdiskussionen gaben unter reger Beteiligung der angehenden Experten einen sachkundigen Einstieg in die vier Themengebiete der Tagung:

1. Prof. Dr. Hiroshi Kimura, International Research Center for Japanese Studies, Kyoto, und Prof. Dr. Heinrich Vogel, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, sprachen zur japanischen und deutschen Politik gegenüber postkommunistischen Gesellschaften;